



Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen 2016

SCHULUNG EINZELSTAATLICHER RICHTER IM EU-WETTBEWERBSRECHT

1. Einleitung

- 1.1 Am 17. Oktober 2013 verabschiedeten das Europäische Parlament und der Rat die Verordnung (EU) Nr. 1382/2013¹ zur Einrichtung des Programms „Justiz“ für den Zeitraum 2014 bis 2020. Eines der spezifischen Ziele des Programms besteht darin, die juristische Ausbildung, einschließlich der Schulung in fremdsprachlicher Rechtsterminologie, im Interesse der Entstehung einer gemeinsamen Rechts- und Justizkultur zu fördern.
- 1.2 Am 23. März 2016 erließ die Europäische Kommission den Durchführungsbeschluss zur Annahme des Arbeitsprogramms 2016 und zur Finanzierung der Durchführung des Programms „Justiz“², der in seiner geänderten aktuellen Fassung die Veröffentlichung einer Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen zur Förderung nationaler oder transnationaler Projekte zur juristischen Ausbildung im Wettbewerbsrecht vorsieht. Somit können Finanzhilfen zur Unterstützung und Förderung der juristischen Ausbildung, einschließlich der Schulung in fremdsprachlicher Rechtsterminologie, im Interesse der Entstehung einer gemeinsamen Rechts- und Justizkultur im Bereich des Wettbewerbsrechts gewährt werden.

Die Maßnahmen, die zur Schulung einzelstaatlicher Richter und zur Förderung der justiziellen Zusammenarbeit geplant sind, werden im Folgenden „Projekte“ genannt.

- 1.3 Einrichtungen, die Vorschläge unterbreiten, werden nachstehend als „Antragsteller“ bezeichnet. Erfolgreiche Antragsteller, denen eine Finanzhilfe gewährt wurde, werden „Begünstigte“ genannt.

2. Ziele

Ziel dieser Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen ist die Kofinanzierung von Projekten zur Schulung einzelstaatlicher Richter im Rahmen der Durchsetzung des europäischen Wettbewerbsrechts. Dies umfasst die öffentliche und private Durchsetzung der kartellrechtlichen und der beihilferechtlichen Vorschriften. Letzten Endes soll eine kohärente und konsequente

¹ Verordnung (EU) Nr. 1382/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 zur Einrichtung des Programms „Justiz“ für den Zeitraum 2014 bis 2020 (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 73).

² C (2016) 1677 final, DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS DER KOMMISSION vom 23.3.2016 zur Annahme des Arbeitsprogramms 2016 und zur Finanzierung der Durchführung des Programms „Justiz“.

Anwendung des EU-Wettbewerbsrechts durch die einzelstaatlichen Gerichte gewährleistet werden.

Mit den im Rahmen dieser Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen gewährten Finanzhilfen sollen Projekte mit den folgenden Schwerpunkten kofinanziert werden:

- Sicherstellung einer kohärenten und konsequenten Anwendung des europäischen Wettbewerbsrechts durch die einzelstaatlichen Gerichte. Dies beinhaltet auch verfahrens- und materiellrechtliche Vorschriften und die Anwendung spezifischer Kooperationsmechanismen zwischen einzelstaatlichen Richtern und Wettbewerbsbehörden (einschließlich der Europäischen Kommission und der spezifischen Kooperationsvorschriften der [Verordnung \(EG\) Nr. 1/2003](#) und der [Verordnung \(EG\) Nr. 734/2013](#)) sowie den Aufbau von Netzen und den Austausch zwischen einzelstaatlichen Richtern;
- Schulung in fremdsprachlicher Rechtsterminologie im Interesse der Entstehung einer gemeinsamen Rechts- und Justizkultur im Bereich des Wettbewerbsrechts.

Diese Ziele lassen sich am besten durch Projekte erreichen, bei denen die Rolle der einzelstaatlichen Richter bei der Anwendung des EU-Wettbewerbsrechts, ihre besonderen Bedürfnisse, ihr besonderes Arbeitsumfeld sowie der vorhandene Ausbildungs- und Kenntnisstand im Mittelpunkt stehen.

Für diese verschiedenen Anforderungen am besten geeignet sind aufeinander aufbauende Schulungen mit abgestuften Lehrinhalten.

Die Projekte können sich an eine Zielgruppe aus einem oder mehreren der in Betracht kommenden Länder richten. Es wird jedoch empfohlen, Richter aus mehreren EU-Mitgliedstaaten zu einer Schulung/einem Projekt zusammenzuführen, da dadurch Vernetzungen ermöglicht und eine kohärente und konsequente Anwendung der Rechtsvorschriften der EU begünstigt werden.

Die Projekte müssen so gestaltet sein, dass sie auf die Erzielung eines europäischen Mehrwerts ausgerichtet sind (siehe Abschnitt 2.1). Die kofinanzierten Projekte sollen einander ergänzen und/oder innovativ sein und keine bestehenden oder geplanten Projekte anderer Schulungsanbieter auf nationaler Ebene reproduzieren.

2.1 Gegenstand und erwartete Ergebnisse

Die Projekte müssen den genannten Zielen dienen und einen eindeutig nachgewiesenen Mehrwert auf EU-Ebene haben. Beurteilt wird der europäische Mehrwert von Maßnahmen, einschließlich kleinerer und nationaler Maßnahmen, anhand einer Reihe von Kriterien, z. B. Beitrag zu einer konsequenten und kohärenten Umsetzung des Unionsrechts und zu einer Sensibilisierung der breiten Öffentlichkeit für die Rechte, die sich aus dem Unionsrecht ergeben, ihr Potenzial zur Entwicklung von gegenseitigem Vertrauen unter den Mitgliedstaaten und zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, ihre transnationalen Auswirkungen, ihr Beitrag zur Erarbeitung und Verbreitung bewährter Verfahren oder ihr Potenzial zur Schaffung von praktischen Instrumenten und Lösungen für die Bewältigung grenzüberschreitender oder unionsweiter Herausforderungen.

Der Inhalt der Projekte muss auf die Bedürfnisse der Zielgruppe zugeschnitten sein. Im Rahmen der Projekte muss der Einsatz praxisorientierter und/oder innovativer Lernmethoden (unter anderem integriertes Lernen, E-Learning und Simulationen) vorgesehen sein. Die Ergebnisse der Projekte müssen eine breite Langzeitwirkung haben.

2.2 Zielgruppe

Zielgruppe sind einzelstaatliche Richter, die Wettbewerbssachen auf nationaler Ebene behandeln. Zu ihr zählen auch Staatsanwälte, angehende einzelstaatliche Richter und Bedienstete, die in den in Betracht kommenden Ländern³ für Richter oder einzelstaatliche Gerichte tätig sind.

Die Projekte dürfen sich nur an einzelstaatliche Richter, die mit der Überprüfung von Entscheidungen der nationalen Wettbewerbsbehörden befasst sind, und alle letztinstanzlichen Richter, die sich mit Wettbewerbsrecht, einschließlich Kartellrecht und Beihilferecht, befassen, wenden.

Die oben festgelegte Zielgruppe wird im Folgenden zusammenfassend „einzelstaatliche Richter“ genannt.

Richter aus anderen als den in Betracht kommenden Ländern und Personen, die keine einzelstaatlichen Richter sind, können ebenfalls an den Projekten teilnehmen, sofern sich die Zielgruppe zu einem erheblichen Teil aus einzelstaatlichen Richtern zusammensetzt. Die sich aus ihrer Teilnahme ergebenden Kosten gehören jedoch nicht zu den förderfähigen Kosten.

3. Zeitplan und Mittelausstattung

	Phasen	Vorgesehene Frist
a)	Veröffentlichung der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen	19.12.2016
b)	Frist für die Einreichung von Anträgen	31.3.2017
c)	Bewertung	April-Mai 2017
d)	Benachrichtigung der Antragsteller	Juli 2017
e)	Überprüfung der Finanzpläne	Juli-September 2017
f)	Unterzeichnung der Finanzhilfvereinbarung und Beginn der Maßnahme	Oktober 2017
g)	Informationstag in Brüssel für die erfolgreichen	Oktober 2017

³ In dieser Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen wird der Begriff „in Betracht kommende Länder“ für die EU-Mitgliedstaaten mit Ausnahme Dänemarks und des Vereinigten Königreichs gebraucht, da sich Dänemark und das Vereinigte Königreich, wie in den Erwägungsgründen 34 und 35 der Verordnung (EU) Nr. 1382/2013 dargelegt, nicht an der Annahme der Verordnung beteiligt haben und sie somit weder durch diese Verordnung gebunden noch zu ihrer Anwendung verpflichtet sind. An dem Programm teilnehmen können auch Einrichtungen aus Kandidaten- und potenziellen Kandidatenländern sowie aus Beitrittsländern im Einklang mit den allgemeinen Grundsätzen und den allgemeinen Bedingungen für die Beteiligung dieser Länder an Unionsprogrammen, die in den relevanten Rahmenabkommen, Assoziationsratsbeschlüssen oder ähnlichen Vereinbarungen festgelegt sind. Jedoch müssen diese Länder zunächst besondere Bedingungen erfüllen, bevor sie für eine Förderung in Betracht kommen (d. h. diese Länder müssen eine Vereinbarung über die Teilnahme an dem Programm unterzeichnet und einen Beitrag zum Haushalt der Europäischen Union geleistet haben).

	Antragsteller	
--	---------------	--

Für die Kofinanzierung der Projekte, die auf diese Aufforderung hin eingereicht werden, sind insgesamt 1 Mio. EUR vorgesehen.

Der **Höchstbetrag** für Finanzhilfen beläuft sich auf **400 000 EUR**, der **Mindestbetrag auf 50 000 EUR**.

Die Kommission behält sich das Recht vor, die verfügbaren Mittel nicht in voller Höhe zu vergeben.

4. Gegenstand der Projekte

Die Projekte müssen auf der Grundlage eines vorab ermittelten Schulungsbedarfs auf die Zielgruppe zugeschnitten sein.

Es sollte eine aktive Teilnahme der einzelstaatlichen Richter an den Schulungsmaßnahmen gewährleistet sein; reine Vorträge sind zu vermeiden.

Die partizipativen Schulungen für einzelstaatliche Richter müssen in einer ungestörten Umgebung stattfinden, damit die Teilnehmer ohne Beobachtung oder Interferenzen von außen frei ihre Ansichten und Erfahrungen austauschen und voneinander lernen können. Daher sollten sich die Projekte möglichst ausschließlich an einzelstaatliche Richter richten.

Es werden zwei Bereiche, fünf Prioritäten und drei Präferenzen vorgeschlagen.

Projekte können sich auf mehr als einen Bereich beziehen; in diesem Fall muss jedoch klar angegeben werden, welcher der **Hauptbereich** und welcher der **Nebenbereich** ist.

Innerhalb eines Bereichs müssen die Antragsteller genau angeben, **welche der nachstehend aufgeführten Prioritäten** Gegenstand ihres Vorschlags sind. Die Projekte sollten mindestens eine der Prioritäten abdecken, können aber mehr als eine Priorität abdecken.

Vorschläge, die keine der nachstehend genannten Prioritäten abdecken, können dennoch förderfähig sein; sie erhalten jedoch bei der Bewertung der „Relevanz der Ziele und des Gegenstands“ im Rahmen der Award Criteria Guidance 2016 (Leitlinien zu den Vergabekriterien) 0 Punkte. Abweichend von dieser Bestimmung kann der Anweisungsbefugte auf Vorschlag des Bewertungsausschusses beschließen, dass das vorgeschlagene Thema bzw. die vorgeschlagene Maßnahme als Priorität anzusehen ist (z. B. aufgrund eines besonderen Bedarfs in einem Mitgliedstaat). In diesem Fall können unter der vorstehenden Rubrik der Award Criteria Guidance 2016 bis zu 20 Punkte vergeben werden.

Schließlich wird Projekten, **die den nachfolgend aufgeführten Präferenzen Rechnung tragen**, der Vorzug gegeben.

Bereich 1: Verbesserung von Kenntnis, Anwendung und Auslegung des EU-Wettbewerbsrechts:
--

Bei den Projekten muss es sich um Schulungsmaßnahmen wie Konferenzen, Seminare, Workshops, Kolloquien usw. sowie Kurzlehrgänge oder längere Schulungen zum EU-Wettbewerbsrecht handeln. Projekte in diesem prioritären Bereich sollten eher auf fortgeschrittene Schulungen für einzelstaatliche Richter ausgelegt sein. Einführende Schulungen werden nur dann finanziert, wenn sie hinreichend begründet sind (z. B. für einzelstaatliche Richter in einem neu gegründeten Gericht).

In diesem Bereich konzentriert sich die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen 2016 auf folgende Prioritäten:

Priorität 1: Angesichts der Modernisierung des Beihilferechts und der neuen Rolle der einzelstaatlichen Gerichte bei seiner Durchsetzung sind Schulungsmaßnahmen mit dem Schwerpunkt **staatliche Beihilfen** sehr zu empfehlen.

Die Antragsteller werden gebeten, mindestens zwei der vier nachstehend aufgeführten Themen auszuwählen:

- a) Begriff der Beihilfe⁴ (einschließlich der Finanzierungsweise der Beihilfe über steuerähnliche Abgaben und Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse⁵);
- b) die im Rahmen der Modernisierung des Beihilferechts erlassenen Verordnungen, d. h. vor allem die De-minimis-Verordnung⁶ und die Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung⁷;
- c) die Rolle der einzelstaatlichen Gerichte⁸ bei der Durchsetzung des Beihilferechts (auf der Grundlage der Bekanntmachung der Kommission über die Durchsetzung des Beihilfenrechts durch die einzelstaatlichen Gerichte und der Rückforderungsbekanntmachung⁹);

⁴ Bekanntmachung der Kommission zum Begriff der staatlichen Beihilfe im Sinne des Artikels 107 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. C 262 vom 19.7.2016, S. 1).

⁵ Der Rechtsrahmen für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse umfasst folgende Instrumente: Bekanntmachung der Kommission zum Begriff der staatlichen Beihilfe im Sinne des Artikels 107 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. C 262 vom 19.7.2016, S. 1); Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Beihilfenvorschriften der Europäischen Union auf Ausgleichsleistungen für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (ABl. C 8 vom 11.1.2012, S. 4); Beschluss der Kommission vom 20. Dezember 2011 über die Anwendung von Artikel 106 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind (ABl. L 7 vom 11.1.2012, S. 3); Mitteilung der Kommission – Rahmen der Europäischen Union für staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen (ABl. C 8 vom 11.1.2012, S. 15); Verordnung der Kommission über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbringen (ABl. L 114 vom 26.4.2012, S. 8).

⁶ Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen (ABl. L 352 vom 24.12.2013, S. 1).

⁷ Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 187 vom 26.6.2014, S. 1).

⁸ Bekanntmachung der Kommission über die Durchsetzung des Beihilferechts durch die einzelstaatlichen Gerichte (ABl. C 85 vom 9.4.2009, S. 1).

⁹ Rechtswidrige und mit dem Gemeinsamen Markt unvereinbare staatliche Beihilfen: Gewährleistung der Umsetzung von Rückforderungsentscheidungen der Kommission in den Mitgliedstaaten (ABl. C 272 vom 15.11.2007, S. 4).

- d) vor Gericht gestellte Anträge auf einstweilige Maßnahmen und deren Bedeutung in Verfahren vor den EU-Gerichten.

Priorität 2: Schulungsmaßnahmen, die sich auf die **Richtlinie 2014/104/EU über kartellrechtliche Schadensersatzklagen**¹⁰ beziehen. Die Mitgliedstaaten sind verpflichtet, die Richtlinie bis zum 26. Dezember 2016 in nationales Recht umzusetzen. Die Richter sollen durch die Projekte in die Lage versetzt werden, die neuen Regeln in ordnungsgemäßer und kohärenter Weise anzuwenden.

Die Antragsteller werden gebeten, mindestens zwei der fünf nachstehend aufgeführten Themen auszuwählen:

- a) Offenlegung von Beweismitteln in Verfahren über Schadensersatzklagen;
- b) Abwälzung von Preisaufschlägen und die Wechselwirkung zwischen Schadensersatzklagen, die dieselbe Zuwiderhandlung betreffen, aber von Geschädigten auf verschiedenen Vertriebsstufen erhoben wurden;
- c) Ermittlung des Umfangs des kartellrechtlichen Schadens im Rahmen von Schadensersatzklagen, darunter auch die Anwendung der im Praktischen Leitfaden der Kommission zur Ermittlung des Schadensumfangs bei Schadensersatzklagen¹¹ genannten Methoden;
- d) Interaktion zwischen der öffentlichen und privaten Durchsetzung des Wettbewerbsrechts, wobei sowohl auf die positive Interaktion (inwiefern die Durchsetzungsmaßnahmen der Wettbewerbsbehörden den Klägern zugutekommen können) als auch auf Maßnahmen zur Vermeidung negativer Interaktionen (z. B. Beschränkungen für die Offenlegung von Beweismitteln und für die gesamtschuldnerische Haftung) eingegangen werden sollte;
- e) Case Management und bewährte Verfahrensweisen im Umgang mit Fragen der Zuständigkeit und des anwendbaren Rechts sowie im Umgang mit parallelen oder Folgeverfahren in anderen Mitgliedstaaten.

Priorität 3: Schulungsmaßnahmen, die auf die **wirtschaftlichen Grundsätze des Wettbewerbsrechts** ausgerichtet sind. Diese Schulungsmaßnahmen sollten eine praktische Ausrichtung haben und echte Fälle behandeln.

Die Antragsteller werden gebeten, mindestens ein Thema auszuwählen:

- a) wirtschaftliche Grundsätze (z. B. Angebot und Nachfrage, Kostenanalyse, Substituierbarkeit und strategische Interaktionen in verschiedenen

¹⁰ Richtlinie 2014/104/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. November 2014 über bestimmte Vorschriften für Schadensersatzklagen nach nationalem Recht wegen Zuwiderhandlungen gegen wettbewerbsrechtliche Bestimmungen der Mitgliedstaaten und der Europäischen Union (ABl. L 349 vom 5.12.2014, S. 1), zu finden unter: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32014L0104&from=DE>.

¹¹ http://ec.europa.eu/competition/antitrust/actionsdamages/quantification_guide_de.pdf

Wettbewerbsumfeldern, Marktdefinitionen, horizontal und vertikal verbundene Märkte, Marktmacht) und einschlägige wirtschaftliche Überlegungen;

- b) Würdigung wirtschaftlicher Beweismittel/Studien in Gerichtsverfahren und ihre verfahrensrechtliche Behandlung, einschließlich einer Überprüfung der derzeit verwendeten (qualitativen und quantitativen) Würdigungsverfahren, wobei auf deren Vorteile und Grenzen sowie auf die Bedeutung von Kohärenz, Solidität und Duplizierbarkeit der Ergebnisse eingegangen werden sollte.

Priorität 4: Schulungsmaßnahmen, die auf die Herausforderungen an der Schnittstelle zwischen europäischem Wettbewerbsrecht und neue Entwicklungen beim elektronischen Handel und/oder bei den Rechtsvorschriften zum geistigen Eigentum ausgerichtet sind.

Die Antragsteller werden gebeten, mindestens ein Thema auswählen:

- a) die wettbewerbsrechtliche Würdigung der großen Zahl von Online-Geschäftsmodellen (Vertriebsmodelle, Preisgestaltungsmodelle, Bewertung von Märkten und Plattformen, geografische Beschränkungen und Beschränkungen bei der Lizenzerteilung, Auslegung der vertikalen und horizontalen EU-Verordnungen in Bezug auf Online-Geschäftsmodelle, jüngste Rechtsprechung der EU-Gerichte usw.);
- b) kartellrechtliche Prüfung der digitalen Märkte (Konzepte des Patentschutzes, Rolle der Normungsorganisationen, Ausschließkeitsrabatte, Kampfpreise, Marktdefinitionen und Relevanz von benachbarten Märkten, zweiseitige Märkte, Plattformen, die jüngste Rechtsprechung der EU-Gerichte in Fusionskontrollsachen und die Artikel 101 und 102 AEUV in diesem Zusammenhang).

BEREICH 2: Fachterminologie-Schulungen

Die Verbesserung der Rechtssprache kann im Mittelpunkt eines Schulungsprogramms stehen.

Priorität 5: Gegenstand der Projekte müssen Schulungsmaßnahmen im Bereich der Rechtssprache sein, in deren Rahmen die mit der Anwendung des Wettbewerbsrechts verbundene Fachterminologie vermittelt wird. Das Hauptziel der Projekte muss die Überwindung der geografischen/sprachlichen Barrieren im Interesse eines gemeinsamen europäischen Rechtsraums sein.

Aufteilung der Finanzhilfe auf die einzelnen Prioritäten und Punktevergabe

Siehe die mit dieser Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen veröffentlichten Leitlinien zu den Vergabekriterien (Award Criteria Guidance 2016).

Bei der Entscheidung über die Gewährung von Finanzhilfen wird ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den einzelnen Prioritäten angestrebt. Die Kommission finanziert daher mindestens zwei Projekte¹² aus jedem der oben genannten beiden Bereiche (als Hauptbereich).

Vorrang wird Projekten eingeräumt, die

- aufeinander aufbauende Schulungen mit abgestuften Lehrinhalten vorsehen;
- nicht einfach bestehendes/geplantes Schulungsmaterial bzw. bestehende/künftige Projekte duplizieren/sich mit diesen überschneiden, sondern diese ergänzen oder innovativ sind;
- Richter aus verschiedenen Mitgliedstaaten zu einer Schulung zusammenführen und somit die Vernetzung fördern.

5. Zulässigkeitsvoraussetzungen

Die Anträge müssen vor Ablauf der in Abschnitt 3 genannten Frist übermittelt werden.

Die Anträge müssen unter Verwendung des unter http://ec.europa.eu/competition/calls/proposals_open.html abrufbaren Antragsformulars und seiner Anlagen schriftlich eingereicht und per Post zugestellt werden (siehe Abschnitt 8).

Anträge, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen, werden abgelehnt.

6. Förder-, Ausschluss-, Auswahl- und Vergabekriterien

6.1 Förderkriterien

Die Projekte müssen

- a) von Behörden oder öffentlichen oder privaten Einrichtungen mit Sitz in einem der in Betracht kommenden Länder oder von einer internationalen Organisation eingereicht werden. Einrichtungen aus Drittländern können als Partner teilnehmen, aber ihre Kosten können nicht als förderfähig angesehen werden. Zudem sind sie nicht berechtigt, selbst Projektvorschläge einzureichen oder als Mit Antragsteller (Mitbegünstigte) aufzutreten. Organisationen mit Erwerbszweck müssen ihre Anträge in Zusammenarbeit mit öffentlichen Einrichtungen oder privaten Organisationen ohne Erwerbszweck einreichen. Die unter Artikel 208 der Haushaltsordnung¹³ fallenden Einrichtungen der Europäischen Union sind nicht berechtigt, eine

¹² Sofern genug Anträge eingereicht werden.

¹³ Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates in der geänderten Fassung.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2012:298:0001:0096:DE:PDF> und <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:L:2015:286:FULL&from=FR>

Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission vom 29. Oktober 2012 über die Anwendungsbestimmungen für die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union in der geänderten Fassung. <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32012R1268&from=DE> und http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:JOL_2015_342_R_0002&from=DE

Finanzhilfe zu beantragen, können sich aber einem Antrag anschließen. Ihre Kosten dürfen jedoch nicht mit der Finanzhilfe kofinanziert werden;

- b) die in Abschnitt 2.2 festgelegte Zielgruppe ansprechen;
- c) eine EU-Finanzhilfe anstreben, die nicht weniger als 50 000 EUR und nicht mehr als 400 000 EUR betragen darf;
- d) neu sein, d. h. die Projekte dürfen nicht vor Einreichung des Antrags auf Finanzhilfe abgeschlossen oder begonnen worden sein.

6.2 Ausschlusskriterien

6.2.1 Ausschluss von der Teilnahme¹⁴

Antragsteller, die sich in einer der folgenden Situationen befinden, dürfen nicht an dieser Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen teilnehmen:

- (a) Der Antragsteller ist zahlungsunfähig oder befindet sich in einem Insolvenzverfahren oder in Liquidation, seine Vermögenswerte werden von einem Insolvenzverwalter oder Gericht verwaltet, er befindet sich in einem Vergleichsverfahren, seine gewerbliche Tätigkeit wurde eingestellt, oder er befindet sich aufgrund eines in den nationalen Rechtsvorschriften vorgesehenen gleichartigen Verfahrens in einer vergleichbaren Lage;
- (b) durch eine rechtskräftige Gerichts- oder eine endgültige Verwaltungsentscheidung wurde festgestellt, dass der Antragsteller seinen Verpflichtungen zur Entrichtung seiner Steuern oder Sozialversicherungsbeiträge gemäß dem Recht des Landes seiner Niederlassung, des Landes des öffentlichen Auftraggebers oder des Landes der Auftragsausführung nicht nachgekommen ist;
- (c) durch eine rechtskräftige Gerichts- oder eine endgültige Verwaltungsentscheidung wurde festgestellt, dass der Antragsteller im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit eine schwere Verfehlung begangen hat aufgrund eines Verstoßes gegen geltende Gesetze, Bestimmungen oder ethische Normen seines Berufsstandes oder aufgrund jeglicher Form rechtswidrigen Handelns, das sich auf seine berufliche Glaubwürdigkeit auswirkt, wenn es vorsätzlich oder grob fahrlässig erfolgt, dazu zählen insbesondere folgende Verhaltensweisen:
 - (i) falsche Erklärungen, die im Zuge der Mitteilung der erforderlichen Auskünfte zur Überprüfung des Fehlens von Ausschlussgründen oder der Einhaltung der Auswahlkriterien bzw. bei der Ausführung des Auftrags bzw. der Finanzhilfevereinbarung in betrügerischer Absicht oder durch Fahrlässigkeit abgegeben wurden;
 - (ii) Absprachen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern mit dem Ziel einer Wettbewerbsverzerrung;
 - (iii) Verstoß gegen Rechte des geistigen Eigentums;

¹⁴ Artikel 106 Absatz 1 der Haushaltsordnung.

- (iv) Versuch der Einflussnahme auf die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers während der Auftragsvergabeverfahrens / des Verfahrens für die Vergabe der Finanzhilfe;
 - (v) Versuch, vertrauliche Informationen über das Verfahren zu erhalten, durch die unzulässige Vorteile beim Auftragsvergabeverfahren/Verfahren für die Vergabe der Finanzhilfe erlangt werden könnten;
- (d) durch eine rechtskräftige Gerichtsentscheidung wurde festgestellt, dass der Antragsteller sich einer der folgenden Straftaten schuldig gemacht hat:
- (i) Betrug im Sinne von Artikel 1 des mit dem [Rechtsakt des Rates vom 26. Juli 1995](#) ausgearbeiteten Übereinkommens über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften;
 - (ii) Bestechung im Sinne von Artikel 3 des mit dem [Rechtsakts des Rates vom 26. Mai 1997](#) ausgearbeiteten Übereinkommens über die Bekämpfung der Bestechung, an der Beamte der Europäischen Gemeinschaften oder der Mitgliedstaaten der Europäischen Union beteiligt sind, und von Artikel 2 Absatz 1 des [Rahmenbeschlusses 2003/568/JI des Rates](#) des Rates sowie Bestechung im Sinne des Rechts des Landes des öffentlichen Auftraggebers, des Landes der Niederlassung des Wirtschaftsteilnehmers oder des Landes der Auftragsausführung;
 - (iii) Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung im Sinne von Artikel 2 des [Rahmenbeschlusses 2008/841/JI des Rates](#);
 - (iv) Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung im Sinne von Artikel 1 der [Richtlinie 2005/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates](#);
 - (v) Straftaten mit terroristischem Hintergrund oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten im Sinne von Artikel 1 beziehungsweise Artikel 3 des [Rahmenbeschlusses 2002/475/JI des Rates](#) oder Anstiftung zur, Beihilfe bei und Versuch der Begehung solcher Straftaten im Sinne von Artikel 4 des genannten Beschlusses;
 - (vi) Kinderarbeit oder andere Formen des Menschenhandels im Sinne von Artikel 2 der [Richtlinie 2011/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates](#);
- (e) der Antragsteller hat bei der Ausführung eines aus dem Haushalt finanzierten Auftrags/einer aus dem Haushalt finanzierten Finanzhilfvereinbarung erhebliche Mängel bei der Erfüllung der Hauptaufgaben erkennen lassen, die eine vorzeitige Beendigung des Auftrags/der Finanzhilfvereinbarung, die Anwendung von pauschaliertem Schadensersatz oder anderen Formen von Vertragsstrafen nach sich gezogen haben oder die durch Überprüfungen, Rechnungsprüfungen oder Ermittlungen eines Anweisungsbefugten, des OLAF oder des Rechnungshofs aufgedeckt wurden;
- (f) durch eine rechtskräftige Gerichts- oder eine endgültige Verwaltungsentscheidung wurde festgestellt, dass der Antragsteller eine Unregelmäßigkeit im Sinne von Artikel 1 Absatz 2 der [Verordnung \(EG, Euratom\) Nr. 2988/95 des Rates](#) begangen hat.

6.2.2 Ausschluss von der Vergabe¹⁵

Keine finanzielle Unterstützung wird Antragstellern gewährt, die während des Verfahrens für die Vergabe der Finanzhilfe:

- a) in einer Ausschlusssituation nach Artikel 106 der Haushaltsordnung sind;
- b) in Bezug auf für die Teilnahme an dem Verfahren erforderliche Auskünfte falsche Erklärungen abgegeben oder keine Auskünfte erteilt haben;
- c) zuvor an der Erstellung von Auftragsunterlagen mitgewirkt haben, sodass eine Wettbewerbsverzerrung entsteht, die auf andere Weise nicht behoben werden kann.

Die Antragsteller müssen eine ehrenwörtliche Erklärung unterzeichnen, in der sie versichern, sich nicht in einer der in den Artikeln 106 Absatz 1 und 107 der Haushaltsordnung genannten Situationen zu befinden. Die ehrenwörtliche Erklärung ist auf unserer Website abrufbar (http://ec.europa.eu/competition/calls/proposals_open.html).

6.3 Auswahlkriterien

Die Vorschläge, die die Förderkriterien erfüllen und nicht unter die Ausschlusskriterien fallen, werden nach ihrer finanziellen und operativen Leistungsfähigkeit bewertet.

6.3.1 Finanzielle Leistungsfähigkeit¹⁶

Die Antragsteller müssen über stabile und ausreichende Finanzierungsquellen verfügen, damit sie ihre Tätigkeit während der Laufzeit des Projekts aufrechterhalten können, und sich an der Projektfinanzierung beteiligen. Die finanzielle Leistungsfähigkeit wird anhand der folgenden Belege bewertet, die zusammen mit dem Antrag einzureichen sind:

- a) für Finanzhilfen in geringer Höhe ($\leq 60\,000$ EUR): eine ehrenwörtliche Erklärung.
- b) für Finanzhilfen $> 60\,000$ EUR: eine ehrenwörtliche Erklärung und

ENTWEDER

die Gewinn- und Verlustrechnung und die Bilanz des letzten abgeschlossenen Rechnungsjahres

ODER

bei neugegründeten Rechtspersonen der Geschäftsplan, der die vorstehenden Unterlagen ersetzen kann.

Ist die Europäische Kommission der Auffassung, dass die finanzielle Leistungsfähigkeit durch diese Unterlagen nicht zufriedenstellend nachgewiesen ist, so kann sie

¹⁵ Artikel 107 der Haushaltsordnung.

¹⁶ Artikel 131 Absatz 3 und 132 Absatz 1 der Haushaltsordnung sowie Artikel 202 der Anwendungsbestimmungen.

- weitere Informationen verlangen;
- eine Finanzhilfevereinbarung ohne Vorfinanzierung vorschlagen;
- eine Finanzhilfevereinbarung mit einer Vorfinanzierung in Tranchen vorschlagen;
- eine Finanzhilfevereinbarung mit einer durch eine Bankgarantie gesicherten Vorfinanzierung vorschlagen¹⁷;
- den Antrag ablehnen.

Die Feststellung der finanziellen Leistungsfähigkeit entfällt bei öffentlichen Einrichtungen und internationalen Organisationen.

6.3.2 Operative Leistungsfähigkeit¹⁸

Die Antragsteller müssen über die erforderlichen Fachkenntnisse und beruflichen Qualifikationen verfügen, damit sie das Projekt oder Arbeitsprogramm vollständig durchführen können. Die Antragsteller müssen eine ehrenwörtliche Erklärung oder die folgenden Belege einreichen:

- gegebenenfalls die Tätigkeitsberichte der Einrichtung;
- eine Kurzbeschreibung der vorhandenen Fachkenntnisse/Ressourcen, die bei der Durchführung des Projekts zum Einsatz kommen sollen, **und/oder** die Lebensläufe der Mitarbeiter, die für die Verwaltung und Durchführung der Maßnahmen in erster Linie verantwortlich sind;
- eine vollständige Liste in der Vergangenheit durchgeführter Projekte und Maßnahmen, die mit dem Politikfeld einer bestimmten Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen oder mit den durchzuführenden Maßnahmen in Zusammenhang stehen;
- eine Aufstellung der für das Projekt bereitgestellten natürlichen oder wirtschaftlichen Ressourcen.

6.4 Vergabekriterien

Bewertet werden nur die Vorschläge, die die genannten Auswahlkriterien erfüllen. Durch die Vergabekriterien soll gewährleistet werden, dass qualitativ hochwertige Projekte ausgewählt werden, mit denen die Ziele und Prioritäten dieser Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen soweit wie möglich kosteneffizient verwirklicht werden. Es ist darauf zu achten, dass Synergien mit anderen Instrumenten und Programmen der EU angestrebt, Überschneidungen und Doppelarbeit dagegen vermieden werden. Alle Projekte werden anhand der folgenden Kriterien bewertet:

1) **Relevanz für die Ziele und den Gegenstand der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen (bis zu 40 Punkte)**

¹⁷ Artikel 134 der Haushaltsordnung sowie Artikel 206 der Anwendungsbestimmungen.

¹⁸ Artikel 131 Absatz 3 und 132 Absatz 1 der Haushaltsordnung sowie Artikel 202 der Anwendungsbestimmungen.

- a) Inwieweit entspricht der Vorschlag den Zielen der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen, den vorgeschlagenen relevanten Bereichen, den Prioritäten und den Präferenzen? (bis zu 35 Punkte)
- b) Inwieweit ist der Vorschlag auf die Erzielung eines europäischen Mehrwerts ausgerichtet, wie in Abschnitt 2.1 gefordert? (bis zu 5 Punkte)

2) Qualität des Projekts hinsichtlich Konzeption, Präsentation, Organisation und Durchführung (bis zu 20 Punkte)

- a) Kann mit der Methode (Ansatz, Details und Besonderheiten der vorgeschlagenen Maßnahmen, Qualität der Referenten, Monitoringsysteme, Marketingstrategien usw.) und dem Zeitplan das gewünschte Projektergebnis erzielt werden? (bis zu 10 Punkte)
- b) Sind die vorgeschlagenen Maßnahmen in geeigneter Weise auf die Zielgruppe abgestimmt? (bis zu 10 Punkte)

3) Geografische Reichweite des Projekts, erwartete Ergebnisse, Verbreitung und Nachhaltigkeit (bis zu 15 Punkte)

- a) Wie groß sind die geografischen Auswirkungen im Hinblick auf die erwarteten Ergebnisse des Projekts und in welchem Maße werden Teilnehmer, Zielgruppen und/oder Partner verschiedener Staatsangehörigkeiten einbezogen)? (bis zu 10 Punkte)
- b) Sind die erwarteten Ergebnisse erreichbar und relevant? Ist es wahrscheinlich, dass die Ergebnisse eine nachhaltige Wirkung haben? (5 Punkte)

4) Kostenwirksamkeit (bis zu 25 Punkte)

- a) Ist der vorläufige Finanzplan angesichts der erwarteten Ergebnisse und im Hinblick auf die Kosten pro Schultag für einen Richter angemessen? (bis zu 10 Punkte)
- b) Besteht bei den einzelnen Rubriken des Finanzplans zugewiesenen Kosten ein gutes Preis-Leistungs-Verhältnis sowie ein angemessenes Verhältnis zwischen den Referentenhonoraren und den Gesamtkosten des Projekts (insbesondere angesichts der für die Teilnehmer vorgesehenen Kostendeckung)? (bis zu 15 Punkte)

Um für eine Förderung in Betracht zu kommen, muss das Projekt mindestens 50 % der verfügbaren Punkte für die Kriterien 1, 2 und 4 erhalten und mit mindestens 60 von 100 Punkten bewertet worden sein.

Während des Bewertungsverfahrens kann die Kommission um zusätzliche Unterlagen/Erläuterungen und um notwendige fachliche und finanzielle Anpassungen bitten. Nach Abschluss des Bewertungsverfahrens und nach dem Beschluss der Kommission über die Vergabe setzt die Kommission jeden Antragsteller vom endgültigen Beschluss in Kenntnis und informiert ihn über das weitere Vorgehen und die Schritte für die Ausarbeitung der Finanzhilfevereinbarungen.

7. Finanzbestimmungen¹⁹

- 7.1 Die Begünstigten müssen die Projekte im Einklang mit der Haushaltsordnung (insbesondere Teil 1 Titel VI) und den Anwendungsbestimmungen zur Haushaltsordnung von 2012 in der geänderten Fassung²⁰ durchführen.
- 7.2 Die im Rahmen des Programms gewährten Finanzhilfen dürfen nicht die gesamten Kosten der Maßnahme abdecken. Der EU-Beitrag ist auf maximal 80 % und in hinreichend begründeten Ausnahmefällen auf maximal 90 % der förderfähigen Gesamtkosten der Maßnahme beschränkt und richtet sich an: europäische, nationale oder subnationale Einrichtungen, die speziell für die Schulung einzelstaatlicher Richter gegründet wurden; europäische, nationale und subnationale Verbände von auf Wettbewerbsrecht spezialisierten Richtern; Antragsteller aus EU-Mitgliedstaaten, die finanzielle Unterstützung erhalten oder unter Finanzaufsicht stehen (Griechenland, Irland, Lettland, Portugal, Rumänien, Spanien, Ungarn und Zypern).
- Folglich müssen mindestens 20 % und in besonderen Fällen 10 % der förderfähigen Gesamtkosten von dem Antragsteller, den Partnern oder anderen Geldgebern aufgebracht werden.
- 7.3 Kumulierungsverbot: Die Kofinanzierung eines Projekts im Rahmen dieses Programms kann nicht mit sonstigen Kofinanzierungen aus anderen Programmen zulasten des Haushalts der Europäischen Union verknüpft werden.
- 7.4 Das Projekt darf nicht vor Einreichung des Antrags auf Finanzhilfe abgeschlossen oder begonnen worden sein.
- 7.5 Sachleistungen können im Finanzplan für das Projekt nicht als Ausgaben veranschlagt werden. Sie werden nicht als Kofinanzierung anerkannt, es sei denn, sie fallen unter Erwägungsgrund 7 der Verordnung (EU) Nr. 1382/2013²¹.
- 7.6 Die Bestimmungen für förderfähige Kosten sind den allgemeinen Bedingungen der Finanzhilfvereinbarung zu entnehmen, die dieser Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen im Entwurf beigelegt ist.
- 7.7 Bei Tätigkeiten, die von öffentlichen wie auch von privaten Einrichtungen und Stellen ausgeübt werden können, ist die von öffentlichen Einrichtungen und Stellen entrichtete, nicht abzugsfähige Mehrwertsteuer förderfähig, sofern sie für die Durchführung von Tätigkeiten – wie zum Beispiel Schulungs- oder Sensibilisierungsmaßnahmen – angefallen ist, die nicht als Ausübung hoheitlicher Befugnisse betrachtet werden können.
- 7.8 Der Antragsteller muss einen vorläufigen ausgeglichenen Finanzplan in Euro vorlegen, aus dem die Kofinanzierungsquellen hervorgehen, die nicht aus dem EU-Haushalt stammen.

¹⁹ Weitere Bestimmungen finden Sie im Entwurf für die Finanzhilfvereinbarung, das auf unserer Website abgerufen werden kann: http://ec.europa.eu/competition/calls/proposals_open.html.

²⁰ Vgl. Fußnote 14.

²¹ „Die Union sollte Aus- und Fortbildungstätigkeiten in Bezug auf die Umsetzung des Unionsrechts dadurch erleichtern, dass die den Behörden der Mitgliedstaaten durch die Dienstbezüge der teilnehmenden Angehörigen der Rechtsberufe und der Rechtspflege entstehenden Kosten als förderfähige Kosten oder als Kofinanzierungen in Form von Sachleistungen im Sinne der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates(1) (im Folgenden „Haushaltsordnung“) betrachtet werden.“

- 7.9 Die Kosten für Unterkunft und Mahlzeiten/Erfrischungen werden auf der Grundlage von Einheitskosten erstattet, deren Beträge auf der Grundlage der Sätze für Unterkunft und Tagegeld bei Dienstreisen von Bediensteten der Europäischen Kommission festgelegt werden.²² Bei halbtägigen Veranstaltungen werden 50 % des Tagessatzes gewährt.
- 7.10 Begünstigter (oder Mitbegünstigter, falls es mehrere Begünstigte gibt) ist der Projektleiter, an den die Finanzhilfe ausgezahlt wird. Nur die dem Begünstigten entstandenen Kosten sind förderfähig. Die Dienstleistungen/Waren müssen von dem Begünstigten bestellt und die Rechnungen auf seinen Namen ausgestellt werden. Werden Dienstleistungen/Waren von anderen Partnern bestellt und bezahlt, so gelten sie als Sachleistungen und gehören daher nicht zu den förderfähigen Kosten.
- 7.11 Die Projekte dürfen nicht zum Ziel oder zur Folge haben, dass ein Gewinn erzielt wird. Unter Gewinn ist der Betrag zu verstehen, um den die effektiven Gesamteinnahmen aus dem Projekt dessen tatsächliche Gesamtkosten übersteigen. Jeder festgestellte Gewinn hat eine entsprechende Kürzung des endgültigen Betrags der Finanzhilfe zur Folge.
- 7.12 Die Kommission kann eine Finanzhilfe gewähren, die niedriger als der beantragte Betrag ist. Gewährt die Kommission dem Antragsteller eine geringere als die beantragte Finanzhilfe, so bleibt es diesem überlassen, sich um die notwendigen zusätzlichen Finanzmittel zu bemühen oder die Gesamtkosten des Projekts zu senken, um seine Durchführung zu gewährleisten, ohne dass jedoch Abstriche bei den Projektzielen oder -inhalten gemacht werden. Die Finanzhilfe kann aber auch nur für einen Teil der vorgeschlagenen Maßnahme gewährt werden. Eine Mehrfachfinanzierung desselben Projekts durch die Kommission ist ausgeschlossen.
- 7.13 Die Finanzhilfe der Kommission steht in einem bestimmten Verhältnis zu den veranschlagten Gesamtkosten des Projekts und wird anteilig gekürzt, wenn die tatsächlichen Gesamtkosten niedriger ausfallen als veranschlagt.
- 7.14 Über die gewährte Finanzhilfe wird eine schriftliche Vereinbarung geschlossen, in der die Modalitäten für die Erstattung eines bestimmten Anteils der tatsächlich angefallenen förderfähigen Kosten festgelegt sind. Die Entscheidung über die Unterzeichnung einer Finanzhilfevereinbarung für eine Maßnahme mit einem oder mehreren Begünstigten wird auf Einzelfallbasis getroffen. Dabei handelt es sich um eine Standardvereinbarung, deren Bedingungen nicht geändert werden dürfen und nicht verhandelbar sind.
- 7.15 Zahlungsmodalitäten: Die Finanzhilfe der Kommission wird grundsätzlich in zwei Tranchen ausgezahlt: eine auf Antrag des Begünstigten bei Unterzeichnung der Finanzhilfevereinbarung gewährte Vorfinanzierung (bis zu **50 %** des gesamten Finanzhilfebetrags) und der Restbetrag, nachdem die Kommission den Abschlussbericht und die endgültige Kostenaufstellung für das Projekt erhalten und genehmigt hat.

8. Einreichung des Antrags

- 8.1 Der Antrag ist per Standardantragsformular zusammen mit den in dessen Teil F aufgeführten Anlagen einzureichen.

²² Mit dieser Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen veröffentlichte Informationen.

8.2 Der Antrag ist von der Person zu unterzeichnen, die befugt ist, für den Antragsteller rechtlich bindende Verpflichtungen einzugehen.

8.3 Die Formulare können über folgende Website heruntergeladen werden:
http://ec.europa.eu/competition/calls/proposals_open.html

Helpdesk: Fragen zu dieser Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen können per E-Mail an folgende Adresse gerichtet werden: COMP-TRAINING-JUDGES@ec.europa.eu.

8.4 Die vollständigen, unterzeichneten und datierten Antragsunterlagen (**einschließlich aller in der Anlage „Check list for applicants“ genannten Unterlagen**) sind in zweifacher Ausfertigung (ein unterzeichnetes Original und eine Fassung in elektronischer Form) **bis spätestens 31. März 2017 per Post** oder **Kurierdienst** (es gilt das Datum des Poststempels oder die Empfangsbestätigung des Kurierdienstes) an folgende Anschriften zu übermitteln:

Im Falle der Zustellung per Post:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb – Referat A.4
HT.4798 – TRAINING OF JUDGES CFP 2016
MADO 20/043
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

Bei persönlicher Abgabe oder im Falle der Zustellung per Kurierdienst:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb – Referat A.4
HT.4798 - TRAINING OF JUDGES CFP 2016
Avenue du Bourget, 1
1140 Evere
BELGIQUE/BELGIË

Vergewissern Sie sich bitte, dass „**CALL FOR PROPOSALS – NOT TO BE OPENED BY THE REGISTRY**“ deutlich sichtbar auf dem Umschlag vermerkt ist.

8.5 Der Antrag ist auf dem Antragsformular in einer der Amtssprachen der Europäischen Union, vorzugsweise auf Englisch, einzureichen. Wird der Antrag in einer anderen Sprache als Englisch eingereicht, so muss eine englische Zusammenfassung beigelegt werden.

8.6 Nach Prüfung der Anträge werden die Antragsteller so schnell wie möglich über die Ergebnisse unterrichtet. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass das gesamte Verfahren für die Vergabe der Finanzhilfen **bis zu 9 Monate** ab dem Stichtag für die Einreichung von Vorschlägen in Anspruch nehmen kann.

9. Auftaktsitzung

Im Finanzplan für das Projekt müssen die Kosten für eine Reise nach Brüssel und zurück sowie erforderlichenfalls eine Übernachtung für einen oder zwei Vertreter der koordinierenden Einrichtung (der Projektkoordinator und im Idealfall auch der Finanzkoordinator, falls es sich nicht um dieselbe Person handelt) enthalten sein, damit die erfolgreichen Antragsteller an der eintägigen Auftaktsitzung teilnehmen können, in der es um das Projektmanagement, administrative Fragen und die Berichtspflichten geht.

10. Durchführungszeitraum und sonstige Aspekte

- 10.1 Die Projektlaufzeit darf höchstens 24 Monate betragen.
- 10.2 Die Finanzhilfevereinbarung wird erst rechtswirksam, wenn die Kommission sie gegengezeichnet hat.
- 10.3 Nach Abschluss des Projekts muss der Begünstigte der Kommission innerhalb einer in der Finanzhilfevereinbarung festzulegenden Frist unter der oben angegebenen Anschrift einen **Abschlussbericht** übermitteln, der aus einem **Projektbericht und einem Finanzbericht** sowie einem **Antrag auf Zahlung des Restbetrags** besteht. Im Abschlussbericht ist auf etwaige Schwierigkeiten, die Projektevaluierung durch die Teilnehmer (z. B. durch Feedback-Formulare), die erzielten Ergebnisse, deren Verbreitung und die Schlussfolgerungen einzugehen.
- 10.4 Die Kommission kann den Begünstigten auffordern, ihr die Projektergebnisse in einer zur weiteren Verbreitung geeigneten Form (z. B. als Handbuch, Veröffentlichung, Software oder Website) unter Verzicht auf Urheberrechte zur Verfügung zu stellen.

11. Veröffentlichung

11.1 *Durch die Europäische Kommission:*

Alle im Laufe eines Haushaltsjahrs gewährten Finanzhilfen müssen im ersten Halbjahr nach Abschluss des Haushaltsjahres, zu dessen Lasten sie gewährt wurden, auf der Website der Organe der Europäischen Union veröffentlicht werden. Die entsprechenden Informationen können ferner auf jede andere geeignete Art und Weise veröffentlicht werden, so auch im *Amtsblatt der Europäischen Union*. Die Kommission veröffentlicht die folgenden Informationen:

- Name und Anschrift des Begünstigten,
- Gegenstand der Finanzhilfe und Gesamtpunktzahl,
- bewilligter Betrag.

Auf hinreichend begründeten Antrag des Begünstigten²³ zum Zeitpunkt der Antragstellung kann auf die Veröffentlichung verzichtet werden, wenn durch eine Offenlegung der Informationen die durch die Charta der Grundrechte der Europäischen Union geschützten Rechte und Freiheiten des Einzelnen verletzt oder die geschäftlichen Interessen der Begünstigten beeinträchtigt würden.

²³ [Artikel 35 und Artikel 128 Absatz 3 der Haushaltsordnung sowie Artikel 21 und Artikel 191 der Anwendungsbestimmungen.](#)

11.2 *Durch die Begünstigten:*

Die Begünstigten sind gehalten, in jeder Veröffentlichung oder anlässlich von Maßnahmen, für die die Finanzhilfe verwendet wird, den Beitrag der Europäischen Union deutlich zu nennen. So müssen die Begünstigten in allen Veröffentlichungen, Aushängen, Programmen und anderen Produkten im Rahmen des kofinanzierten Projekts den Namen und das Emblem der Europäischen Kommission deutlich sichtbar anbringen.

Hierbei müssen sie den vorgegebenen Text, das Emblem und den Haftungsausschluss verwenden, die unter http://europa.eu/about-eu/basic-information/symbols/flag/index_de.htm abgerufen werden können.

Wird diese Vorgabe nicht umfassend erfüllt, so kann die Finanzhilfe im Einklang mit den Bestimmungen der Finanzhilfevereinbarung oder des Bewilligungsbeschlusses gekürzt werden. Der Begünstigte muss ferner allen Projektteilnehmern ein Evaluierungsformular übermitteln und die Ergebnisse dieser Evaluierung an die Generaldirektion Wettbewerb der Europäischen Kommission weiterleiten.

12. Datenschutz

Alle in den Anträgen enthaltenen persönlichen Daten werden von der Kommission gemäß der Verordnung Nr. 45/2001 und dem in den einschlägigen Mitteilungen an den Datenschutzbeauftragten der Kommission dargelegten Verfahren verarbeitet. Alle Betroffenen, deren Daten im Rahmen der Bewertung des Vorschlags und im Rahmen von Aufsetzung, Durchführung und Follow-up der Finanzhilfevereinbarung verarbeitet werden sollen, sind durch eine Datenschutzerklärung zu informieren.

Die Antragsteller werden gebeten, die Seite mit den [rechtlichen Hinweisen](http://ec.europa.eu/research/participants/portal/desktop/en/support/legal_notices.html) (http://ec.europa.eu/research/participants/portal/desktop/en/support/legal_notices.html) regelmäßig zu konsultieren, um sich über Aktualisierungen zu informieren, die bis zum Stichtag für die Einreichung ihrer Vorschläge möglicherweise vorgenommen werden.